

September 2020

Länderbericht

Japan, Tokio

Japan ohne Abe: Was erwartet den Nachfolger?

Eine Analyse der Amtszeit Shinzo Abes und der anstehenden Herausforderungen für Yoshihide Suga

Rabea Brauer

Eine Woche nach Shinzo Abes Entscheidung, das Amt des Premierministers sowie das Amt des Präsidenten der regierenden Liberalen Demokratischen Partei niederzulegen, schlagen die Wellen nur noch für die potenziellen Nachfolger hoch. Der unliebsame Postenkampf hat jedoch weit vor dem Rücktritt begonnen. Für einen seiner Kronprinzen hat sich Abe jetzt entschieden.

Unter Abe hat Japan zu internationaler Stärke und globaler Bedeutung gefunden, und das, obwohl die Wirtschaftszahlen dem Land keine rosige Zukunft bescheinigen. Shinzo Abe hat alle wichtigen politischen und gesellschaftlichen Großereignisse nach Japan geholt, er hat gescheiterte multilaterale Abkommen zu Gunsten der Region auf den Weg gebracht und Japan zu einem der wichtigsten demokratischen, stabilen und vor allem verlässlichsten Wertepartner gemacht. Von seinem Nachfolger und langjährigen Kabinettschef Yoshihide Suga wird erwartet, dass er Kontinuität wahrt und zunächst Abes Vermächtnis pflegt.

Der designierte Nachfolger

Yoshihide Suga, 71, wird sehr wahrscheinlich am 14. September zum Präsidenten der regierenden Liberaldemokraten gewählt und ist damit designierter Premierminister. Für die Außen- und Innenpolitik Japans bedeutet dies Kontinuität und Verlässlichkeit. Als langjähriger Kabinettschef ist Suga der erfahrenste Nachfolger und auch einer, der Personalentscheidungen im Sinne Shinzo Abes, 65, treffen wird. Zunächst bedeutet die Wahl des faktionslosen Sugas wohl nur eine Interimslösung bis zu den nächsten Wahlen 2021. Macht er seine Sache gut, kann es sein, dass er von der regierenden *Liberal Democratic Party* (LDP) für beide Posten wieder aufgestellt wird. Doch dafür muss die LDP Einigkeit demonstrieren und den Konkurrenzkampf ihrer Faktionen im Griff haben. In den kommenden Tagen wird

die Führungsriege der LDP in Teilen ausgetauscht, Suga kann sich dann der vollen Unterstützung der Parteispitze sicher sein. Auch im Kabinett wird rotiert; dem Vernehmen nach werden nur wenige Minister ihre Posten behalten, darunter der Gesundheits- und Finanzminister.

Yoshihide Suga kommt aus keiner renommierten Politikerfamilie und ist in der Bevölkerung als „Onkel Reiwa“ hinreichend beliebt. Ginge es nach Beliebtheitszahlen, müsste die LDP allerdings Shigeru Ishiba aufstellen. Der 63-jährige ehemalige Verteidigungsminister und ehemalige Generalsekretär der LDP führt laut *Kyodo News* die Zustimmungsskala mit 34 Prozent an. Auf Suga entfallen 14 Prozent. Ishiba ist in der Vergangenheit als Abes lautester Kritiker aufgefallen. Er steht für „bessere“ *Abenomics*, für Ausgabendisziplin und für eine auf Asien konzentrierte Außenpolitik.

Abes ehemaliger Wunschnachfolger und ehemaliger Außenminister Fumio Kishida, 63, hat die Unterstützung des Premiers verloren, kämpft aber weiter um die Unterstützung einzelner Faktionen. Er hat die dringend nötigen Sozialreformen zu seinem Thema gemacht. Kishida wirbt für bezahlbare Bildung und trifft damit einen Nerv. Beiden Kandidaten gereicht die verkürzte Wahl innerhalb der LDP am 14. September nicht zum Vorteil. Es wird aus Zeitgründen nur eine Abstimmung der LDP-Parlamentarier zuzüglich drei ausgewählter Delegierter aus den Wahlkreisen geben. Damit brechen beiden Gegenkandidaten wichtige Stimmen der Basis weg.

Spätestens im kommenden Jahr muss die LDP diesen Unmut ausräumen oder sich mit beiden Kandidaten erneut befassen. Die Wahlen im nächsten Jahr bergen für die LDP die Unsicherheit der vereinten Opposition. Die *Constitutional Democratic Party* und die *Democratic Party* werden ihren Vorsitzenden am 10. September wählen. Auch der neue Name der Partei wird dann bekanntgegeben. Die neue Partei möchte sich als Alternative zum sogenannten „Ewigkeitsführungsanspruch“ der LDP verkaufen. Viel wird folglich von der Zugkraft und der Beliebtheit des Vorsitzenden der neuen Oppositionspartei abhängen. Für Suga wird es die wichtigste Aufgabe sein, wenig Angriffsfläche zu bieten. Innerparteiliche Skandale, wie sie unter Abe häufig vorkamen, dürfen ihm jetzt nicht passieren.

Was bleibt von Abe?

Abes Beliebtheitswerte sanken in den vergangenen Monaten merklich. Die Bevölkerung sah ihren Premierminister zunehmend kritisch. Gleichwohl war der Premierminister über alle seine Amtsperioden hinweg beliebter als seine Vorgänger. 36 Prozent betrug Abes Zustimmungswerte Ende August. Dies ist der niedrigste Wert seit 2012, als er erneut Premierminister wurde. Diese Zahlen spiegeln jedoch auch den Frust über das

Pandemiemanagement wider. Abe gelang es nicht, das Amt als Krisenmanager zu nutzen. Das ist paradox, denn Japans COVID-Zahlen blieben und sind global gesehen auf einem sehr niedrigen Stand. Gegenwärtig sind es knapp 70.000 registrierte Fälle mit einer vergleichsweise sehr geringen Sterblichkeitsrate. Es brauchte weder einen forcierten Lockdown, noch ließen die Hilfsprogramme für Wirtschaft, Tourismus und Bevölkerung lange auf sich warten. Abe hatte kein Entscheidungsproblem, sondern ein Kommunikationsproblem - und das leider durch fast die gesamte Amtszeit hindurch. Sinnbildlich dafür steht das gut gemeinte, aber bis heute wirr kommunizierte *Go To Travel* Programm. Aufgelegt, um die lokale Tourismusbranche nach COVID und in den Sommermonaten zu unterstützen, wurden regionale Ausnahmen und zugrundeliegende Regularien spät oder unklar kommuniziert. Entsprechend wenig wurde davon Gebrauch gemacht.

Was wird also bleiben von der umfangreichen Agenda des international so geachteten Premiers? Welche Auswirkungen wird der Machtwechsel auf die angestoßenen innenpolitischen Reformen haben? Arbeitsmarktreformen, Frauenförderprogramme, Sozialreformen, Rentenreform, Migrations- und internationale Facharbeiterprogramme – all das hat Abe in seiner langen Amtszeit angestoßen. Viele dieser Reformen bedeuten allerdings langwierige Veränderungen und einige auch ein kulturelles Umdenken. Genannt seien hier beispielhaft die Reform zu regulierten Arbeitszeiten oder das Jobprogramm für Frauen - *Womenomics*. Vielleicht fehlte Abe am Ende der lange Atem oder das politische Gewicht, weswegen er in den acht Regierungsjahren keine allzu konkreten Ergebnisse vorweisen kann. Selbst ohne den Rücktritt wären Abe nur noch wenige Monate im Amt geblieben – zu kurz, um die ohnehin rezessive Wirtschaft, zusätzlich gebeutelt von den Kosten der Pandemie, diverser Wirbelstürme und dem Ausfall der

Olympischen Spiele, zu sanieren. Ob *Abenomics* als Fluch oder Segen in die Geschichtsbücher eingehen wird, werden die Nachfolger Abes zu entscheiden haben.

Während die LDP auf der Haben-Seite Steuerzuwächse, Lohnerhöhungen, gemäßigte Inflation, fallende Arbeitslosenzahlen und einen stabilen Börsenindex notiert, beklagt die Opposition zu Recht, dass die kreierte Jobs weder langfristig sicher noch ausreichend vergütet sind. Unter Abe hat sich ein flexibler, tendenziell aber auch prekärer Arbeitsmarkt entwickelt, der nicht mehr die einstigen Sicherheiten, hohe Löhne und dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse bietet. Das verunsichert insbesondere jüngere Arbeitnehmer, denen es zunehmend schwerer fällt, ihre Lebenskosten ausreichend zu decken oder langfristig familiär zu planen. Fakt ist, dass Abes politisches Kapital sich nicht unbedingt in tiefgreifende Reformen übersetzte. Diese hat nun der Nachfolger umzusetzen.

Abes Außenpolitik

In den vergangenen Tagen hat Abe mit den wichtigsten Staatschefs gesprochen. Der erste Anruf galt Präsident Trump. Die USA sind und bleiben der wichtigste Bündnispartner Japans. Dem folgten Anrufe in Kanada (der verlässliche TPP11-Partner), Russland (ungelöste Territorialkonflikte) und Großbritannien (aktuelle Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen). Auffällig ist trotz aller Begründbarkeit der Prioritäten für Japan, dass Abe sich bei den EU-Mitgliedsstaaten noch nicht gemeldet hat. Kann man daraus lesen, dass weder die EU noch Deutschland für Abe eine prioritäre Rolle spielt? Man kann. Die Anzahl der an Deutschland interessierten Abgeordneten der *National Diet* ist überschaubar, die Anzahl der Staatsbesuche seitens Abes in Deutschland und in der EU sind es auch. Auf deutscher Seite ist das Interesse an einem regelmäßigen fundierten Austausch

auf allen Ebenen ungleich höher. Immerhin besteht zwischen Japan und der EU seit drei Jahren ein Strategisches und ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA/JEFTA). Während das Handelsabkommen floriert, Hemmnisse und Regeln abgebaut wurden, stagniert das Strategische Partnerschaftsabkommen (SPA). Das neue Abkommen soll den Partnern ermöglichen, u.a. bei der Bekämpfung von Klimawandel und Cyberkriminalität oder bei der Energiesicherheit effizienter zusammenzuarbeiten. Zwar kooperieren die EU und Japan bereits seit Jahren bei zahlreichen bilateralen, regionalen und globalen Themen. Die Gespräche und Formate im Rahmen des SPA haben allerdings noch lange nicht die gewünschte Intensität erreicht. Abes Regierung hatte in seiner Amtszeit andere Prioritäten gesetzt.

Der Premierminister wurde getrieben von seinen Wirtschaftsreformen, der Verfassungsreform, den Territorialkonflikten. Trotz der nicht realisierten, weil vielleicht nicht realisierbaren, Verfassungsänderung stiegen unter Abe die Verteidigungsausgaben immens. Und das findet seinen Grund in den fortwährenden Bedrohungen, mit denen sich Japan konfrontiert sieht. Im Ostchinesischen Meer werden immer häufiger chinesische Schiffe an Japans Seegrenze gesichtet. China suchte in einigen Fällen sogar die direkte Konfrontation. Die Senkaku-Inseln bleiben umstrittenes Gebiet und wenn die Konflikte im Südchinesischen Meer als Blaupause für Chinas rechtswidriges Verhalten gelten, dann diskutiert die japanische Regierung den Verteidigungsfall zu Recht. Das Verhältnis zu China ist ambivalent. Ein Teil der LDP plädiert für Dialog und Annäherung, während nicht wenige ihrer Abgeordneten für ein robusteres Auftreten ganz im Sinne der USA eintreten. Mit dem neuen Sicherheitsgesetz in Hongkong jedoch ist Annäherung schwierig, zumal insbesondere die junge Bevölkerung mit Hilfe sozialer Medien ihre Solidarität mit

Hongkong und ihren Unmut gegenüber China deutlich machte. Suga wird ganz wie Abe die politischen Beziehungen von den wirtschaftlichen zu trennen wissen.

Den neuen Premierminister wird ebenso die volatile Lage in Nordkorea beschäftigen. Suga ließ bereits verlauten, dass er für ein Treffen mit Kim Jong-un bereitstünde. Ungelöst sind bis heute die Verschleppungen von japanischen Staatsbürgern. Viel Hoffnung besteht nicht für eine einvernehmliche Lösung und angesichts der vermuteten Raketentests in den kommenden Tagen sind die Möglichkeiten des Dialogs weiterhin auf Null.

Russland ist für Japan trotz der Inselstreitigkeiten ein gewichtiger Partner in der Region. Japans Regierung geht davon aus, dass gute Beziehungen zu Russland für stabile Verhältnisse in Ostasien sorgen und ein Gegengewicht zu China bilden können. Die meisten Auslandsreisen machte Abe nach Russland, und das nicht nur wegen der Kurilen. Das Ringen um die territorial umstrittenen Inselgruppen ist aus politischer Sicht für Japan verloren. Nachfolger Suga wird den pragmatischen Kurs Abes sehr wahrscheinlich fortführen und Japans Anspruch pro forma erhalten.

Die Beziehungen zu Südkorea sind hingegen auf einem Tiefpunkt. Zu Präsidentin Park Geun-hye pflegte Abe ein relatives gutes Verhältnis, welches 2015 in einer Vereinbarung zu den Trostfrauen gipfeln sollte. Das Abkommen wurde von Parks Nachfolger Moon Jae-in abgelehnt und ist seither Gegenstand von politischen Spannungen. Es braucht sehr wahrscheinlich zwei neue Staatsoberhäupter, um den Gesprächsfaden wieder aufnehmen zu können. Zwischen Abe und Moon herrscht Eiszeit, wobei Moon sehr viel mehr von der öffentlichen Meinung in seinem Land getrieben ist als Abe und im Umgang mit Japan weit weniger Handlungsspielraum hat als umgekehrt. Aus strategischer Sicht wäre

ein verbessertes Verhältnis zu Südkorea dringend geboten. Gäbe es eine Phalanx dieser zwei Demokratien, würde das beiden sicherheitspolitisch zu Gute kommen. So sind beide Länder geschwächte Terme einer Gleichung, die von China und den USA aufgestellt wird.

Sollte Präsident Donald Trump die Wahlen im November gewinnen, muss man davon ausgehen, dass sich sein Umgang mit China drastisch ändern kann. Analysten zu Folge ist dieses Szenario sogar wahrscheinlich. Was, wenn aus dem Handelskonflikt ein Deal würde? Dann würde sich das Engagement der USA in der Region wesentlich zurückhaltender gestalten und hätte vermutlich Auswirkungen auf Bündnisse, auf diverse Verteidigungszusagen und auch auf die gemeinsamen wirtschaftlichen Beziehungen. Suga wird sich mit diesem Szenario beschäftigen müssen. Eine vertiefte Kooperation zwischen Japan, Korea und Australien wäre dann die angemessene Antwort.

Trump und der Indo-Pazifik

Für Premierminister Abe war der Umgang mit Präsident Donald Trump möglicherweise die größte Herausforderung. Wie gut das Verhältnis zwischen beiden war, muss man der jeweiligen Lesart überlassen. Aus dem Weißen Haus sickerte nicht immer ein respektvoller Umgang mit Abe durch. Insbesondere dann nicht, wenn Trump sich über fehlende Verteidigungsausgaben auf Seiten Japans mokierte oder Japans Relevanz in der Region in Frage stellte. Dennoch hatte Abe zu Trump einen vergleichsweise engen und direkten Gesprächskontakt. In der Telefon- und Golfdiplomatie war Abe klüger als andere Staatsoberhäupter. Japans Regierung hielt sich ebenso mit Kritik am Präsidenten oder an seinem Regierungshandeln zurück. Fakt ist, dass beide Länder unter ihren Staatsechfs den indopazifischen Raum als Nukleus für eine regelbasierte Ordnung

sehen. Trumps Administration hat die Region militärisch aufgewertet, davon profitiert auch Japan. Schon 2007 während der ersten Amtszeit brachte Abe eine strategische Herangehensweise an den pazifischen Raum ins Gespräch. Diese setzte er später als Indo-Pazifik-Strategie um, von Trumps Administration um *free* und *open* ergänzt (FOIP). Dass dies nicht nur Terminologie ist, zeigt sich an gemeinsamen Manövern und an dem Interesse, die diese Region nun erfährt. Just in diesen Tagen legte auch die deutsche Bundesregierung ihre erste indopazifische Strategie vor.¹ Ganz aktuell möchten die USA das aus dem Raum heraus entstandene Sicherheitsbündnis, den quadrilateralen Sicherheitsdialog (QUAD), unter Zustimmung seiner Mitglieder Australien, Indien und Japan institutionalisieren.

Etwas mehr EU

Es ist davon auszugehen, dass sich außenpolitisch wenig ändern wird am bisherigen Kurs. Abes ausgewogene Außenpolitik bildete einen Stabilitätsgarant weit über die Region hinaus. In Südostasien beispielsweise ist Japan das hochangesehene Land, weit vor den USA und der EU. Unter Abes Führung wurde Japan zu einem stabilen Partner mit verlässlicher Entwicklungspolitik.

Überhaupt hat Japan unter Shinzo Abe gezeigt, was *public diplomacy* so alles vermag. All die politischen und gesellschaftlichen Großereignisse, die Abe in sein Land holte, haben bzw. hätten ganz sicher Maßstäbe gesetzt. Der verblüffende Auftritt des Premierministers alias Super Mario während der olympischen Abschiedszeremonie in Rio de Janeiro bleibt unvergessen. Zusammengefasst erfuhr Japan unter Shinzo Abe eine nie dagewesene politische Stabilität und wurde zu einem Sprachrohr für den gebeutelten Multilateralismus, einem Garant für offene Märkte (gegen die USA) und einem wichtigen Verfechter der regelbasierten Ordnung.

Wünschenswert von Nachfolger Yoshihide Suga wären das Werben für eine Eingliederung der EU in die QUAD, die weitere Ausgestaltung des Japan-EU Partnerschaftsabkommens und der Willen für eine engere Zusammenarbeit mit Deutschland. Möglich wäre dies in den Bereichen der künstlichen Intelligenz, Digitalisierung, Mobilität und erneuerbare Energien. Japan und Deutschland stehen insbesondere bei der Zukunft der industriellen Produktion und der demografischen Entwicklung ihrer Gesellschaften vor sehr ähnlichen Herausforderungen. Bleibt zu hoffen, dass Abes Nachfolger der zukünftigen Zusammenarbeit entsprechendes Gewicht verleiht.

¹ Deutsche Bundesregierung: Leitlinien zum Indo-Pazifik, abgerufen über <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/indo-pazifik-leitlinien-1781728> am 07.09.2020.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Rabea Brauer
Leiterin des Regionalprogramms Soziale Ordnungspolitik in Asien (SOPAS)
und des Auslandsbüros Japan
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de
Rabea.Brauer@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)